



Truppenzeitung

aktiv

Interessensgemeinschaft Stabsbataillon 7

Ausgabe 1 - 2011



WE(H)R OHNE HEER

Das Ende des Bundesheeres ?

Meine Damen und Herren, Soldaten, Kameraden und Freunde!

Wieder einmal steht das Bundesheer im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Und wieder einmal ist es aus parteipolitischen Gründen dort hineingeraten. Wer das zulässt, handelt höchst verantwortungslos und egoistisch. Ein solches Thema ist dafür nicht geeignet. Vielmehr ist das gesellschafts- und staatspolitische Anliegen und muss als solches behandelt werden. Da muss eine breite öffentliche Diskussion möglich sein, jeder seine Meinung äußern dürfen und ohne Tabu jede Möglichkeit argumentiert werden dürfen.



Wenn dabei jemand beiseite geschoben wird, weil er seiner Verantwortung und seinem Gewissen folgt anstatt „auf Linie“ zu sein, dann ist das in Österreich jedenfalls demokratiepolitisch äußerst bedenklich.

Dementsprechend verläuft auch die BH-Debatte weitgehend unseriös, das Kader verunsichernd, oberflächlich und unehrlich. Es scheint gar nicht um die Anliegen des Heeres selbst zugehen, sondern vielmehr scheinen andere Dinge wichtig: Wehrpflicht hin oder her: Das Heer soll alles leisten, darf aber nichts kosten, ein bisschen Auslandseinsatz, um nicht völlig in den schlechten Ruf des Trittbrettfahrers zu geraten, und natürlich Katastrophenschutz, um die ungehinderte Gewinnmaximierung der Wirtschaft nicht in Frage zu stellen.

Das Heer muss dazu wieder einmal schlanker (Wie oft eigentlich noch? Ist doch jetzt schon nur mehr das Skelett da), dafür höchst effizient und schlagkräftig werden. Als ob geringere Quantität automatisch höhere Qualität bedeutet. Um das nötige Geld zu lukrieren, sollen, wie man hört, die Panzer nun nach Ungarn verkauft werden, weil es bei uns keine Panzerschlacht mehr geben werde. Als ob dort eine solche stattfinden würde? Und die Freiwilligenarmee wird von vielen als das einzig Wahre angepriesen. Als ob gerade die Freiwilligkeit zu den Primärtugenden gehören würde.

Eines kommt in der ganzen Argumentation nicht mehr vor: „...mit der Waffe zu verteidigen und ...sein Volk zu schützen“. Das heißt „Landesverteidigung“, wie es in der Verfassung festgeschrieben ist. Dafür

ist nämlich die Wehrpflicht in erster Linie gedacht. Das sollte eigentlich noch immer gelten, erst recht im Verbund der EU sowie den damit verbundenen solidarischen Beistands-, sprich Verteidigungspflichten. Dabei ist die Frage des Wehrsystems eigentlich nur sekundär. Wichtig sind die Mittel, die das Heer zu seiner Aufgabenerfüllung braucht und die jetzt so massiv fehlen, dass der Betrieb bald nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Ob Wehrpflicht oder nicht, das Heer braucht jedenfalls viel mehr Geld. Dort liegt die Nagelprobe der Ehrlichkeit.

Dazu muss man sich zuerst hinsichtlich heutiger Aufgaben und darüber, was man von unserem Heer will, im Klaren sein. Daran sind dann die notwendige Heeresstärke und die dazu nötigen Mittel zu bemessen und aufzubringen. Gegebenenfalls muss man dann auch bereit sein, das Budget wieder entsprechend zu erhöhen, anstatt zu sparen, und bei der Pflicht zu bleiben, wenn dies das Günstigste sein sollte. Sich jedenfalls von vorneherein nur über ein Mini-Heer aus Gewehrträgern zu unterhalten, diesem lediglich einen Minimalaufwand zuzubilligen und nach diesem die Aufgaben zurechtzuschneiden, das ist ein Heer ohne Wehr, das ist Betrug am Land und seinen Menschen und führt letztendlich zur berechtigten Frage nach dem Ende des Bundesheeres. Tun wir gemeinsam alles, damit es dazu nicht kommt. Das wünscht sich für die kommende Zeit

Ihr Bataillonskommandant:



(Mag. Bernhard Meurers, Obst)

INHALT

Seite 2.....	Wort des Kommandanten
Seite 3 - 8	Zum Thema Wehrpflicht
Seite 9.....	Werbung WIFI
Seite 10 - 12	Zum Thema Wehrpflicht
Seite 13.....	Leserbriefe
Seite 14.....	CIMIC einmal anders
Seite 15.....	Werbung ÖBH
Seite 16.....	ABCabwKp in VYSKOV
Seite 17.....	Tradition
Seite 18.....	Werbung BAWAG
Seite 19.....	Nachruf auf Vzlt DAVID
Seite 20.....	Auszeichnungen - Veränderungen

EIN FREIWILLIGENHEER ALS CHANCE

Von Bgdr Mag. Thomas Starlinger, Kommandant der 7. Jägerbrigade.

Drohender Konkurs – rascher Kurswechsel ist dringend erforderlich!

Bei all den Diskussionen um die Allgemeine Wehrpflicht – Freiwilligenarmee geht DER wesentliche Faktor völlig unter: Mit unserem derzeitigen Wehrsystem werden die Fixkosten (Personal, Betrieb) in den nächsten Jahren das gesamte Budget des ÖBH verschlingen. Dadurch stehen keine finanziellen Mittel mehr für dringend notwendige Investitionen zur Verfügung und wir werden endgültig den Anschluss zu den internationalen technologischen Entwicklungen verlieren. Künftige Auslandseinsätze werden damit unverantwortbar, da durch mangelnde Schutzausrüstung unsere Soldaten einem unnötigen Risiko gegenüber den erwartbaren Bedrohungen ausgesetzt werden. Diesem absehbaren Konkurs muss durch eine rasche, sowie drastische Senkung der Fixkosten entgegengesteuert werden, um wieder einen finanziellen Spielraum für die anstehenden Investitionen zu schaffen und somit auch künftig ein schlagkräftiges Bundesheer im In- und Ausland einsetzen zu können.



Zusätzlich wächst der Berg des Investitionsrückstaus, der schon im Jahre 2000 (!!) das 1 ½ - fache des damaligen Jahresbudgets betragen hat, jährlich weiter an! Innerhalb des österreichischen Staates gibt es dazu noch viele andere „Baustellen“ wie beispielsweise der Generationenvertrag, das Sozialsystem, die Bildungslandschaft, die alle massive Herausforderungen für das Gesamtbudget darstellen.

Daher muss die Prämisse für alle militärischen Planungen die Ausrichtung nach den realistisch verfügbaren Ressourcen sein und nicht das Schneidern eines Anzuges, der uns ein paar Nummern zu groß ist und aus einem Stoff besteht, den wir uns gar nicht leisten können.



Weniger Beamte, mehr Zeitsoldaten – Verjüngung der Personalstruktur!

Wir brauchen eine Änderung der Personalstruktur von lebenslangen beamteten Berufssoldaten auf Zeitsoldaten. Dass damit alte Zöpfe abgeschnitten und auch eine komplette Neugestaltung der Unteroffiziers- und Offiziersausbildung erforderlich ist, muss jedem klar sein. In Deutschland verlassen ca. 80% der Unteroffiziere und Offiziere, die auf der Einheitsebene tätig sind, nach 9 bzw. 12 Jahren die Bundeswehr – freilich mit einer beruflichen Bildung, die ein Drittel des Verpflichtungszeitraumes beträgt, um auch in der Privatwirtschaft wieder entsprechend Fuß fassen zu können.

Damit kann auf der untersten Ebene, die letztendlich die PS auf die Straße bringt, ein hoher Personalstand gehalten und gleichzeitig eine pyramidenförmige Personalstruktur geschaffen werden. So wird gewährleistet, dass die Armee wieder mehr Indianer für Einsätze zur Verfügung hat und weniger Häuptlinge (= Beamte!) im System bis zur Pensionierung versorgen muss. Sie wird dadurch jünger und effizienter. Zusätzlich gewährleistet die permanente Fluktuation von Personal vom und zurück in den zivilen Arbeitsmarkt einen engen Kontakt zwischen Gesellschaft und Bundesheer.

Ineffizienz auf dem Rücken von jährlich 18.000 jungen österreichischen Staatsbürgern!

Keinem Unternehmer würde einfallen einen Lehrling 6 Monate auszubilden und diesen am Ende die-

ser Investition, ohne diesen jemals in seiner Funktion verwendet zu haben, wieder nach Hause zu schicken. Frei nach dem Motto „Halbjährlich grüßt das Murmeltier“ tun wir dies permanent mit 40% der Rekruten im Österreichischen Bundesheer – wir bilden einen Soldaten aus und wissen bereits von Beginn an, dass einerseits die zur Verfügung stehende Zeit bei weitem nicht ausreichend ist, um die volle Einsatzbereitschaft herzustellen und dieser als Kampfsoldat, Funker, etc. nie in den Einsatz gehen wird. Um diese Ineffizienz noch auf die Spitze zu treiben verwenden wir noch ca. 60% der jährlich einrückenden Rekruten in Funktionen wie Wachen, Küchendienste, Kraftfahrer, etc., um dieses System betreiben zu können.

Alle Überlegungen bezüglich einer Verkürzung des Grundwehrdienstes verringern das ohnehin schon niedrige Lernniveau und verkürzen die jeweilige Nutzungsdauer. Diese Ideen kommen daher einer Verschwendung von Geldern des österreichischen Steuerzahlers gleich und erhöhen die bereits bestehende Ineffizienz!

Das System der Zeitsoldaten ermöglicht einerseits die Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft und gewährleistet eine entsprechende ökonomische Relation zwischen Ausbildungszeit und Nutzungsdauer.

Ein ehemaliger Zeitsoldat ist für einen Arbeitgeber interessant!

Zwei Drittel der Arbeitsplätze in Österreich stellen die Klein- und Mittelbetriebe zur Verfügung. Deren Unternehmer müssen erleben, dass es Sinn macht, ehemalige Zeitsoldaten zu beschäftigen. Weil sie gut ausgebildet sind (= zivile Qualifikation), weil sie Stress aushalten, weil sie es gewohnt sind im Team zu arbeiten und ein hohes Maß an Verlässlichkeit haben. Und weil sie mit Menschen umgehen können.

Die Etablierung des Berufsbildes des Zeitsoldaten hat unter Bedachtnahme einer mehrjährigen Übergangszeit gute Erfolgsaussichten. Dies würde dem

Arbeitsmarkt auch genau dort qualifizierte Arbeitskräfte zuführen, wo hoher Mangel herrscht: Im Facharbeiterbereich.

Keine Panikmache in der Bevölkerung – weitere Gewährleistung der Einsätze im In- und Ausland!

Wir haben bereits jetzt genügend Pufferkapazitäten in den Verbänden des Österreichischen Bundesheeres, wie strukturierte Kadereingreifkräfte, Kaderpräsenzeinheiten und Milizsoldaten, um in der zu kalkulierenden 8-10 jährigen Übergangszeit vom System der Allgemeinen Wehrpflicht zu einem Freiwilligenheer weiterhin die Qualität der derzeitigen Einsätze im In- und Ausland gewährleisten zu können.

Die geplante Freiwilligenmiliz soll die Bedarfsspitzen bei Einsätzen im Inland (z.B.: Katastropheneinsatz, sicherheitspolizeilicher

Assistenzeinsatz) abdecken und die Durchhaltefähigkeit bei Auslandseinsätzen längerer Dauer gewährleisten. Damit wird auch der Stellenwert der Miliz stark angehoben, da deren Einsatzwahrscheinlichkeit ungleich höher zur derzeitigen Situation sein wird – der Milizsoldat erhält wieder das Gefühl gebraucht zu werden.

Der Anreiz, für eine Verpflichtung von 10 Jahren insgesamt einen Betrag von €50.000.- (!) zu erhalten, sollte auch eine zusätzliche Motivation darstellen, die geplante Anzahl von 10.000 Milizsoldaten rekrutieren zu können. Zusätzlich wird durch die Freiwilligenmiliz die Verankerung des ÖBH in der Gesellschaft gestärkt und damit auch ein breites Verständnis für sicherheitspolitische Belange erzielt.

Wechsel von Beamten- zum Freiwilligenheer!

Wir müssen unsere Organisation radikal straffen. Viel weniger Personal in der Verwaltung, viel mehr in der Truppe. Es werden besondere Anstrengungen notwendig sein, um das Ministerium, die Ämter,



Foto: Bundesheer

Schulen und höhere Kommanden zu verkleinern. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass man dabei Personal aus dem System ÖBH bringen muss, ansonsten gibt es keine echte Reform und viel zu wenig nachhaltige Einsparungen. Ohne die Nachbesetzung ziviler Arbeitsplätze durch Soldaten, die Förderung von Abgängen und auch einem entsprechenden Ruhestandsmodell wird dieses Ziel nicht erreicht werden können. Erste Maßnahmen zum freiwilligen Ausstieg wurden bereits durch das „Projekt Finanzministerium“ eingeleitet, weitere sind durch entsprechende berufliche Bildung für zivile Berufe zu initiieren und sind auch in Bereichen, wo durch den Wegfall des Zivildienstes Fähigkeitslücken im Sozialsystem entstehen, anzudenken.

Wir brauchen innovative Lösungen bei der Rekrutierung von Freiwilligen: Beispielsweise eine verpflichtende Befundung des Gesundheitszustandes für alle männlichen Staatsbürger, der sich natürlich auch der weibliche Teil der Bevölkerung freiwillig unterziehen kann. Diese Stellungspflicht könnte in Verbindung mit einem vierzehn-tägigen „Schnupperlehrgang“ stehen, bei dem ein tieferer Einblick in das ÖBH, sowie ziviler sozialer Institutionen gewonnen und damit das Interesse für einen freiwilligen Dienst in der jeweiligen Organisation geweckt werden kann.

Mutig und innovativ in die Zukunft!

Der drohende Konkurs und der damit verbundenen Verlust von Fähigkeiten für Einsätze im In- und Ausland kann nur durch eine rasche, sowie drastische Verkleinerung des Österreichischen Bundes-

heers in seiner Gesamtstruktur abgewandt werden. Daher steht das Österreichische Bundesheer vor seiner einschneidendsten Strukturänderung, die es in den



letzten 50 Jahren erlebt hat. Zur erfolgreichen Umsetzung der notwendigen Maßnahmen ist es aber unabdingbar, dass die politisch und militärisch Verantwortlichen an einem Strang ziehen, gemeinsam die notwendigen Parameter – beginnend mit der Sicherheitsstrategie und den Aufgaben für das Bundesheer – definieren und auch gesetzlich, sowie budgetär fixieren.

Es ist daher höchste Zeit sich von Luftschlössern zu trennen, der Realität mutig ins Auge zu schauen, sowie innovative Lösungen zu finden, damit das Geld des österreichischen Steuerzahlers effizient eingesetzt wird, um auch



künftig über ein schlagkräftiges Bundesheer zu verfügen. Wir müssen unsere Soldaten erleben lassen, dass sie persönlich – materiell sowie intellektuell – Vorteile am österreichischen Arbeitsmarkt haben, wenn sie sich eine gewisse Zeit verpflichten im ÖBH Dienst zu versehen. Wenn das nicht konkret erlebbar wird, werden wir zu wenige oder die falschen Freiwilligen bekommen.

Der geplante Systemwechsel auf ein Freiwilligenheer ermöglicht dem ÖBH in einer revolutionären Art und Weise seinem voraussehbaren Konkurs zu entgehen. Dieser Wechsel ist daher als DIE (letzte!) Chance für eine grundlegende Neustrukturierung zu einer effizienten Armee zu betrachten, in der wir auch zukünftig in der Lage sein werden, sowohl im Inland als auch im Ausland Schutz und Hilfe zu gewährleisten – wann und wo andere nicht mehr können!

GLAUBT DAS WIRKLICH JEMAND?

Es wird von den Verfechtern eines möglichen Berufsheeres völlig unterschätzt, welche Vorbereitungen noch zu treffen sind.

Die bisweilen begeisterten Befürworter eines Umstieges zu einer Berufs- oder Freiwilligenarmee gehen, so recht sie vielleicht theoretisch haben mögen, doch sehr von idealistischen Vorstellungen aus. Denn leider widerspricht die Theorie allen seit 1955 mit der österreichischen Verteidigungspolitik gemachten Erfahrungen.

So hört man, eine Berufs- bzw. Freiwilligenarmee brächte substantielle Beiträge zu anspruchsvollen internationalen Einsätzen. Als ob eine österreichische Regierung plötzlich „robuste Einsätze“ genehmigen würde? Es war doch der Bundeskanzler, der vor noch gar nicht langer Zeit davon gesprochen hat, es kämen nur friedenserhaltende Einsätze und nur solche mit UNO-Mandat in Frage! Demnach dürften wir uns eigentlich jetzt schon nicht an den EU-Battlegroups mit fünf Tagen Einsatzfrist beteiligen. So schnell hat der UNO-Sicherheitsrat bisher noch nie reagiert und wird es wohl auch in Hinkunft nicht tun.

„Seriöse Berechnungen internationaler Experten“ ergeben ein „kleines, erstklassig ausgestattetes Berufsheer“, kann man weiters vernehmen. Frage: Mit demselben Budget wie jetzt? Für Investitionen und Betrieb sollen plötzlich in Hinkunft doppelt so viele Mittel wie bisher zur Verfügung stehen? Wird etwa der Finanzminister die 530 Millionen Euro, die wir in den nächsten vier Jahren einsparen müssen, dem Bundesheer schenken und nach Bezahlung der letzten Rate für die Eurofighter diese Summe im Heeresbudget belassen? Das glaubt doch wohl kaum jemand. Vielmehr werden wir in Wahrheit in vier Jahren mit Hunderten Millionen Euro weniger dastehen!

Völlig unterschätzt wird von Berufs- und Freiwilligenheerverfechtern der Bedarf an legislativen Maßnahmen, die in der Umsetzung sicher auch nicht zum Nulltarif zu haben sein werden. Das beginnt bei Verfassungsänderungen und einem neu zu schreibenden Wehrgesetz, dazu kommen Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht usw. usf. Da hätte man schon jetzt manches verbessern können, hat es aber nicht getan oder gewollt.

Tausende Freiwillige werden entsprechende Bezüge erwarten, womit wohl auch eine Anpassung der derzeitigen Kadergehälter nach oben erforderlich sein wird. Und während des Umstieges werden noch Tausende nicht ins neue System passende Offiziere, Unteroffiziere und Zivilbedienstete weiter zu bezahlen sein. Das soll alles kostenneutral von Statten gehen können?

Angeführt werden auch die im Verhältnis teuren und eine sinnlosen Wehrdienst versehenden „Systemerhalter“! Jeder Kommandant wäre begeistert, wenn die Küchenhel-

fer, Kraftfahrer, Wachposten, Soldatenheimverkäufer etc. durch Dauer- oder Teilzeitarbeitskräfte ersetzt würden. Nur, das hätte man längst tun können, so wie die Deutsche Bundeswehr das bereits vor 15 Jahren getan hat. Hat man aber nicht zugelassen, weil angeblich zu teuer! In einer Berufsarmee soll das dann auf einmal möglich sein?



Foto: Bundesheer

Letztlich wird man aber auch die Gesellschaft ihren Tribut zu leisten haben: Wirtschaft, Universitäten und Fachhochschulen und sonstige gesellschaftlichen Institutionen müssen sich darauf vorbereiten, dass mit dem Ende der Wehrpflicht schlagartig 40.000 Jugendliche pro Jahr zusätzlich bei ihnen unterkommen wollen. Nicht unbedingt ein Problem des Bundesheeres, aber doch eines, um das sich bisher keiner geschert hat und das dem Steuerzahler ebenfalls einiges kosten wird. Es kann und darf in der derzeitigen, dem Anschein nach parteipolitisch motivierten Wehrdebatte, das Geld weder im Vordergrund stehen noch eine Rolle spielen. Vielmehr muss der Staat insgesamt für ein künftiges funktionstüchtiges Bundesheer jene legislativen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, die er für die Wehrpflichtigenarmee 55 Jahre lang nicht zustande gebracht hat. Falls er es ehrlich mit sich selber meint. Soll man das wirklich glauben?

Der Artikel ist eine redigierte Fassung des Beitrags eines der Redaktion bekannten Kommentators. Die Veröffentlichung erfolgt mit seiner freundlichen Genehmigung.

APPELL DER VEREINIGUNG ÖSTERR. PEACEKEEPER

Mit deren freundlicher Genehmigung der VÖP.



Die künftige Ausrichtung unseres Wehrsystems ist von gesellschaftspolitischer Bedeutung und muss über die rein militärische Sichtweise hinaus überlegt werden. Die Wehrpflicht ist in der Verfassung verankert. Eine Abschaffung kann nur im politischen Konsens ohne Alleingänge und Diskussionsverbote erfolgen.

Erfahrungen aus 50 Jahren Auslandseinsätze haben uns überzeugt, dass ein Verbundsystem aus einer Berufskomponente und einer Miliz, die sich aus der Wehrpflicht ergänzt, alle Aufgaben am besten bewältigen kann. Aus diesem Grund haben wir uns 2003 an die Bundesheerreformkommission gewandt und ein eigenes Modell präsentiert, das in ähnlicher Form in Dänemark höchst erfolgreich gehandhabt wird. Wir wollen eine flexible Wehrpflicht, deren Sinn für die Bevölkerung erkennbar ist.

2008 haben wir an das neu gewählte Parlament und an die Bundesregierung appelliert, ein Konzept für eine umfassende Sicherheitsvorsorge zu erstellen. Im Positionspapier „Sieben Forderungen der Peacekeeper zur umfassenden Sicherheitsvorsorge“ unterstreichen wir die Notwendigkeit eines dauerhaften politischen Konsenses in der strategischen Ausrichtung der österreichischen Sicherheitspolitik und stellen Forderungen zur Steigerung der Effizienz der Auslandseinsätze.



Foto: Bundesheer

Österreich steht vor der folgenschwersten wehrpolitischen Entscheidung seit Bestehen des Bundesheeres. Der Nationalrat ist die entscheidende politische Instanz für eine dauerhafte strategische Weichenstellung.



Wir appellieren an unsere politischen Vertreter die österreichische Landesverteidigung auf solide Füße zu stellen. Hiezu erachten wir folgende Vorgangsweise für notwendig:

- **Beschluss eines österreichischen Sicherheitskonzeptes im Nationalrat mit breitem politischen Konsens.**
- **Erstellung eines klaren Leistungsprofils des Bundesheeres für die In- und Auslandsaufgaben, einschließlich Raumsicherung, Objekt- und Katastrophenschutz.**
- **Einberufung einer neuen Bundesheerreformkommission, die unter Einbindung aller politisch und gesellschaftlich relevanten Gruppierungen Empfehlungen zur Frage des Wehrsystems, der Heeresstruktur, der Finanzierung und der notwendigen Begleitmaßnahmen ausarbeiten soll.**
- **Erstellung eines Planes zur Umsetzung durch die Bundesregierung. Ein solches Vorgehen, das auch der Bundespräsident angesprochen hat, würde die Entwicklung unserer Landesverteidigung in einen sicherheitspolitischen Zusammenhang stellen und die Reform des Bundesheeres der kurzfristigen Tagespolitik entziehen.**

Ein solches Vorgehen, welches auch der Bundespräsident angesprochen hat, würde die Entwicklung unserer Landesverteidigung in einen sicherheitspolitischen Zusammenhang stellen und die Reform des Bundesheeres der kurzfristigen Tagespolitik entziehen.

Sie erreichen die VÖP unter www.austrianpeacekeepers.at

WEHRPFLICHT-DISKUSSION - EINE STAATSAUFGABE

Mit deren freundlicher Genehmigung des Autors Georg Geyer.

Die Diskussion um unser Wehrsystem wird oberflächlich und parteipolitisch geführt. Je nach Ideologie und Wahlziel positionieren sich die Politiker für oder gegen die Allgemeine Wehrpflicht.



Foto: Bundesheer

Was fehlt, ist die bedarfsorientierte Beurteilung. Was fehlt, ist die überparteiliche, staatspolitische Zielsetzung zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Nur, wenn wir Gefahren umfassend abwehren können, können wir uns wirtschaftlich und gesellschaftlich entfalten.

Bevor die Frage des Wehrsystems entschieden wird, müssen folgende Fragen öffentlich beantwortet werden:

- Welche Bedrohungen muss Österreich künftig (in den nächsten 10 – 15 Jahren) abwehren können? (Beispiele: Computerkriegführung, Terroranschläge, Katastrophen, ballistische Raketen, Arbeitslosigkeit, Epidemien etc.).
- Welche Sicherheitsaufgaben muss Österreich wahrnehmen und welche Aufgaben kann die Europäische Union für uns wahrnehmen? (Beispiele: Nationale Luftraumüberwachung, nationaler Katastrophenschutz, nationale Verteidigung, aber Europäisches Krisenmanagement etc. – oder gibt es schon eine europäische Verteidigung?).
- Welche Sicherheitsstrukturen gibt es dafür im Rahmen der Europäischen Union, auf die Österreich im Ernstfall sicher zugreifen kann? (Anmerkung: Die bisher 22 bataillonsstarken „Battle Groups“, von denen im Wechsel nur

zwei als Krisenreaktionskräfte für internationale Einsätze bereit gehalten werden, sind wohl für eine Verteidigung Europas zu wenig).

- Welche Sicherheitsstrukturen, mit welchem Ausbildungsniveau und mit welchem Dienstverhältnis benötigt Österreich daher und welchen Ministerien sind diese zuzuordnen? (Beispiele: Reichen die Polizeistrukturen aus, um Österreich zu schützen? Reichen die Bundesheerstrukturen aus, um Österreich zu schützen? Reichen die Rettungsorganisationen aus, um Österreich zu schützen? Wenn nicht, wer macht das dann...?).

Nur, wenn diese Fragen ehrlich diskutiert und als gesamtstaatliche Strategie beantwortet werden, wird die Gewährleistung von Sicherheit als staatliche Kernaufgabe ernst genommen und abseits parteipolitischer Absichten entschieden. Davon leitet sich die Antwort zur Allgemeinen Wehrpflicht und zu einem neuen Wehrsystem ab. Ein Gremium, dem die Bedrohungsbewertung und Entwicklung eines neuen österreichischen Wehrsystems übertragen werden könnte, ist der Nationale Sicherheitsrat (NSR), dem alle im Parlament vertretenen Parteien und die Spitzenbeamten der wichtigen Ministerien angehören.



Das Arbeitsergebnis des Nationalen Sicherheitsrates sollte danach im Parlament diskutiert und beschlossen werden. Eine Volksabstimmung wäre nur dann sinnvoll, wenn im Volk ein hoher Informationsstand gegeben ist.

Wissen Ist Für Immer.



Gratis! WIFI Kursbuch bestellen:
T 05 9434-6900, E wifi@wifikaernten.at
www.wifi.at

WIFI Kärnten

WILL MINISTER DARABOS VORAUSEILENDEN GEHORSAM?

Mit freundlicher Genehmigung des Autors GenMjr Wolfgang Jilke.

Mit der Abberufung des Generalstabschefs hat die Krise im Verteidigungsressort einen neuen Höhepunkt erreicht. Sie könnte schnell zur Krise um unsere künftige Sicherheit werden. Worum geht es also? Es geht um eine Anpassung des österreichischen Heeres an die aktuellen Gegebenheiten und die künftigen Notwendigkeiten. Es steht wohl außer Zweifel,



Foto: Bundesheer

dass das Heer in der gegenwärtigen Form nicht optimal aufgestellt ist. Fehlende klare politische Zielsetzungen, Geldmangel und stets größer werdender parteipolitischer Einfluss im Tagesgeschehen erhöhen den Frust im Ressort und viele stellen sich immer häufiger die Frage: Wozu dienen wir eigentlich noch?

Es besteht also Handlungsbedarf. Die aktuelle Debatte um die Wehrpflicht ist nur ein Teilproblem, das im Gesamtzusammenhang gesehen werden muss. Eine verantwortungsvolle Befassung mit der Problemstellung erfordert zuerst und vordringlich eine politische Akkordierung und die Entscheidung über den Auftrag des Heeres auch in einem sich rasch ändernden europäischen/außereuropäischen Umfeld. Diese zukunftsorientierte, sicherheitspolitische Vorgabe fehlt und wird ja auch deshalb vom Koalitionspartner ÖVP eingefordert.

Ohne die Klarstellung hat es keinen Sinn zuerst über Strukturen des Heeres nachzudenken. Was auch immer in den zusammenhängenden politischen Fragen Sicherheitsdoktrin und Wehrpflicht entschieden wird, hat enorme Auswirkungen im militärischen Bereich.

Der fachliche Rat und die Bedenken des verantwortlichen Generals und seines Teams, die alle auch auf die Verfassung angelobt sind, ist vor der Entscheidung wohl sinnvollerweise zu hören. Für den Entscheidungsprozess an sich besteht kein Zeitdruck, dafür aber im staatspolitischen Interesse die Notwendigkeit, den Experten genug Zeit zur sachlichen Aufbereitung der komplexen Thematik einzuräumen. In den wenigen Wochen, die für die Bearbeitung der sieben Varianten des Ministers verfügbar waren, kann das sicherlich nicht angenommen werden. Nicht umsonst hat der Herr Bundespräsident zur Sorgfalt und zu Bedacht gemahnt. Ein Ressortchef, der nun ohne eine breite Meinungsfindung voreilig und überstürzt, anscheinend aufgrund eines Parteiflügelbeschlusses oder des Einflusses eines Massenblattes, ohne eine seriöse Arbeit getan zu haben, schon einen Entschluss verkündet, muss sich den Vorwurf - selbst aus seiner eigenen Partei - gefallen lassen, dass er nicht professionell handelt.

Professionalität hat aber gerade bei den Streitkräften auch mit Glaubwürdigkeit und Kontinuität zu tun. Beides lässt der Minister vermissen. Jemand, für den die Wehrpflicht noch vor wenigen Wochen in Stein gemeißelt war und nun als Verfechter der Abschaffung der Wehrpflicht auftritt, hat ressortintern aber auch nach außen, erheblichen Erklärungsbedarf, den er der Öffentlichkeit bisher schuldig geblieben ist.



Foto: Bundesheer

Loyalität als Garantie

Und da gibt es auch noch den Begriff „Leadership“. Ein Ressortchef, der klare Vorstellungen von



Foto: Bundesheer/Simader

dem hat, was er erreichen will, der sollte auch keine Schwierigkeiten haben, diese seine Position den in Führungsabläufen bestens geschulten militärischen Mitarbeitern zu erläutern und sie davon zu überzeugen. Diese Überzeugungsarbeit und die dafür erforderliche Kommunikation werden aber im Ressort schmerzlich vermisst. Der Minister wird von seinem Kabinett abgeschirmt, Generale haben nur schwer Zugang zu ihm, und erforderliche Überzeugungsarbeit wird durch Drohung ersetzt.

Es steht wohl außer Zweifel, dass ein Minister berechtigt ist, Aufträge für alle Bereiche seines Ressorts zu erteilen. Es ist wohl auch verständlich, dass er in seinem unmittelbaren Umfeld Personen seines Vertrauens wünscht. Der Minister muss aber auch



Foto: Bundesheer/Minich

akzeptieren, dass aus sachlichen Gründen ein General seine Bedenken anmeldet und auf möglicherweise entstehende Probleme vor der endgültigen Entscheidung hinweist. Einen General, nur deshalb zu entlassen und auf eine nicht mehr bestehende Vertrauensbasis hinzuweisen, ist zwar parteipolitisch

verständlich. Gerade in Österreich war es aber immer der unabhängige Beamte, der durch seine Loyalität zum Staate ein Garant für Sachlichkeit und Kontinuität war.

Die Entlassung des Generalstabschefs ist ein Signal, das für die Zukunft nichts Gutes ahnen lässt. Der Minister wird mit dieser Maßnahme nur den vorausseilenden Gehorsam fördern. Es besteht die Gefahr, dass militärische Sachargumente nicht mehr mit der entsprechenden Nachhaltigkeit vorgebracht werden. Über die rechtlichen Fragen wird noch zu befinden sein.

Es mutet aber eigenartig an, dass ein General, der für das eintritt, was gültiges Verfassungsrecht ist,



Foto: Bundesheer

von seinem Ressortchef zur Rechenschaft gezogen wird. Noch dazu, wo dieser General fast wortgleich die Argumente seines Ministers aus früheren Tagen verwendet.

Es steht wohl außer Zweifel, dass österreichische Soldaten aller Dienstgrade, vor allem aber auch die Generale in der mir bekannten jüngeren Geschichte gegenüber dem Staat und seinen Organen immer loyal waren. Wenn ein Massenblatt nun meint, General Entacher und manchen seiner Mitarbeiter Meuterei unterstellen zu müssen, dann ist damit niemandem gedient.

Man kann Österreich, seiner Sicherheitspolitik, aber auch dem Heer nur wünschen, dass wieder Sachlichkeit einkehrt und staatspolitische Verantwortung vor parteipolitisches Interesse gestellt wird. Dem Nachfolger von General Entacher, wer immer es auch sein wird, kann man für seine fast unlösbare Aufgabe in diesem Umfeld nur viel Glück wünschen.

DAS BEISPIEL DÄNEMARK - EIN MODELL FÜR ÖSTERREICH?

Mit freundlicher Genehmigung der Vereinigung Österreichischer Peacekeeper.



In Dänemark ist für die Aufgabenstellung und Ausrichtung der Streitkräfte traditionell ein Verteidigungsabkommen zwischen den politischen Parteien üblich. Dabei werden die Aufgaben der Streitkräfte für einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren festgelegt. Charakteristisch ist dabei der angestrebte breite politische Konsens, welcher dem Abkommen einen hohen Grad an politischer Kontinuität verleiht.

Im August 2004 haben in Dänemark die im Parlament vertretenen Parteien nach intensiver Diskussion ein besonders interessantes Modell entwickelt. Die neuen Aufgabenstellungen für die Streitkräfte und die Intensivierung der Beteiligung an internationalen Einsätzen haben die politischen Parteien Dänemarks veranlasst, ein neues Wehrkonzept zu beschließen.

Dazu gehört ein verstärkter Beitrag der Streitkräfte zur Gesamtverteidigung (Nutzung aller Ressourcen zur Aufrechterhaltung eines funktionstüchtigen Gemeinwesens und Schutz der Bevölkerung), die Bekämpfung von Terror durch militärische Einsätze im Inland, militärische Einsätze im Rahmen von Umweltkatastrophen oder großen Unglücksfällen, sowie die Entsendung von Einheiten zu internationalen Einsätzen.

Flexible Wehrpflicht:

Die in der Verfassung verankerte Wehrpflicht - auch in ihrer gesellschaftspolitischen Dimension - bleibt erhalten und wird den neuen Anforderungen entsprechend angepasst. Ab 2005 erhalten die Wehrpflichtigen eine grundlegende „Gesamtverteidigungs-

ausbildung“ von vier Monaten. Die Ausbildung ist sowohl auf militärische Fertigkeiten (Selbstverteidigungsausbildung, Ausbildung im Kampf kleiner Einheiten, Bewachung von Objekten, Patrouillendienst, Sport, Orientierungslehre, Fernmeldeausbildung, Geländeausbildung, Erste Hilfe, ABC-Schutz, Überlebenstraining) als auch auf Fertigkeiten für die Gesamtverteidigung (Wachausbildung für öffentliche Einrichtungen, Unterstützung für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, Brandbekämpfung, Rettungsausbildung, Katastrophenschutz sowie Einführung in die Friedensoperationen im Rahmen internationaler Einsätze) ausgelegt.

Nach vier Monaten stehen zwei Alternativen zur Wahl:

Abrüsten und weitere 3 Monate innerhalb der folgenden drei Jahre.

In diesen drei Jahren stehen diese Soldaten für insgesamt drei Monate für eine 12.000 Mann starke Einsatzreserve zur Gesamtverteidigung zur Verfügung. Aktiv wird diese Truppe etwa bei militärischen Einsätzen für Wach- und Sicherungsaufgaben und weiteren Aufgaben im Rahmen der Terrorbekämpfung, bei großen Unglücksfällen oder bei Umweltkatastrophen eingesetzt.



Weiterverpflichtung als Vertragssoldat um weitere 8 Monate.

Die Wehrpflichtigen werden einer spezialisierten Einsatzvorbereitung in der Dauer von 8 Monaten unterzogen. Nach diesen insgesamt 12 Monaten Ausbildung besteht die Möglichkeit einen so genannten

Fotos: Internet/Wikipedia



„Mobilmachungsvertrag“ mit mindestens einer Entsendung in einen internationalen Einsatz abzuschließen, oder aber eine fixe Anstellung bei den Streitkräften zu erhalten. Wenn sich Wehrpflichtige freiwillig zum Wehrdienst melden können sie den Ort der Einberufung wählen. In der Regel melden sich über 90% der benötigten Wehrpflichtigen freiwillig. Der Rest

wird mittels Losentscheid herangezogen. Etwa 20% der Wehrpflichtigen verpflichten sich als Vertragsoldaten zu einer längeren Dienstzeit. Dänemark hat einen spezifischen Weg gefunden die Wehrpflicht für die Gesamtverteidigung zu nutzen. Weil das Konzept einsichtig und sinnvoll ist genießt es hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.

REAKTIONEN AUF DEN LESERBRIEF „GLEITZEIT“

Unter dem Titel „Einfach zum Nachdenken: Die Gleitzeit“ (*Truppenzeitung aktiv 04/10 Anm. d. Red.*) verbreitet ein Leserbriefschreiber Behauptungen, die nicht zum Nachdenken anregen (Einfach zum Nachdenken war eine Hörfunksendung mit Pater Leo Wallner - die hat mir besser gefallen), sondern das Berufsbeamtentum generell und die Heeresverwaltung im besonderen verächtlich machen sollen. Er schreibt von einem „Ärmelschoner-Beamtenklub mit Uniformtrageerlaubnis“, einer Friedensbeamtenarmee, von einer handstreichartigen Erlassung von Anordnungen etc. Auch von einer zähflüssigen Beamtenölpest ist die Rede.

Psychologisch steht fest, dass der Leserbriefschreiber hier Dampf ablassen will, weil er offenbar mit der Personengruppe der Beamten nicht auskommt oder damit ein Problem hat. Das ist nichts ungewöhnliches. Ungewöhnlich ist nur, dass man ihm deshalb ein Podest in einer Truppenzeitung einräumt. Richtigerweise hat er auch geschrieben „Lernens Geschichte“. Hätte er das getan, wüsste er, dass das Berufsbeamtentum schon seit der Monarchie eine Stütze des Staates war.

Das gilt bis heute, nur von den Grundsätzen des „new public managements“ hat er scheinbar nichts gehört. Was die Aufgabe der Heeresverwaltung ist, sollte der Leserbriefschreiber in der Verfassung nachlesen, bevor er urteilt. Auffallend ist die Verwendung einer militant-verbalaggressiven Ausdrucksweise wie VBl. Erlassung ohne Vorbefehl oder „Amtsschimmel

zur Potenz wiehern läßt“ und auch der antiquierte Ausdruck „Verwaltungsfront“. Obwohl auch nach unserer Konzeption keine Front mehr gebildet wird - da ist unser Leserbriefschreiber sehr weit in der Jahreszahl zurück - werden solche Formulierungen nur von Stellen verwendet, die gegen das Berufsbeamtentum wettern oder besser gesagt „hetzen“ (Vergleiche Redewendung in den 60 er Jahren: „Die Beamten fressen den Staat auf“). Er verwendet die Formulierung „Lassen uns vom Beamtenvirus innerlich auf-fressen“.

Sehr aufschlussreich ist, dass der Leserbriefschreiber auch den Ausdruck „Beamtenhatz“ verwendet, aber nur dort, wo es um die Streichung von Überstundenpauschalen oder der Truppendienstzulage geht, also auf gut wienerisch ums „Gerstl“. Wenn es ums Geld geht mutiert sogar unser Systemkritiker zum Beamten (was Soldaten oder Polizisten sowieso sind).

Ich frage mich nur, warum der Verfasser bei so wenig Identifikation mit dem System noch nicht die Konsequenzen gezogen hat. Er würde anderen und mir einiges ersparen. Auch die soldatischen Tugenden, zu denen er sich hingezogen fühlt, werden aufgezählt. Der Mut kommt dabei nicht vor. Er dürfte diesen auch nicht besitzen, sonst hätte er als Leserbriefschreiber seinen Namen genannt. Fazit: Es ist nicht alles Gold was glänzt!

ADir Franz Huber; HLogS, WIEN

Gratuliere dem Leserbriefschreiber mit Mut in Eurer Truppenzeitung (zum Thema Gleitzeit)!
Anmerkung hiezu: Gott sei dank hatten die **Spartiaten keine Gleitzeit**, sonst wäre eine **Heldentat** wie der Kampf der 300 gegen die Perser **nie** möglich gewesen! Ca. die Hälfte wäre zu spät gekommen, ca. die andere **Hälfte wäre früher von der Schlacht geglitten und nur Leonidas und ein paar treue Soldaten** hätten gekämpft!
Wipperfürth, Ostv

CIMIC EINMAL ANDERS

Bericht von Hptm Mag. (FH) Wolfgang Kumnig, stellvertretender Kompaniekommandant der FüUKp.

Vom 17. bis zum 21. Jänner des Jahres 2011 nahmen zwei Mitglieder der Führungsunterstützungskompanie, Hptm Mag. (FH) Kumnig und StWm Tschinder, im Rahmen einer „Beobachtermission“ unserer 7. Jägerbrigade an der „Native Challenge 2011“, welche von der 6. Jägerbrigade in Kooperation mit der Universität Innsbruck als curricularer Bestandteil der postgradualen *hair of Peace Studies* abgehalten wurde, teil.



Ankunft im Hochlager

Ziel des Lehrganges war es, den Studierenden aus 22 Nationen, welche nach abgeschlossener Ausbildung bei Internationalen Organisationen, wie die OSCE oder UNO, aber auch bei Non Governmental Organisations (NGOs) ihr Beschäftigungsfeld finden, die grundlegenden Fähigkeiten in fremder Umgebung und unter Bedrohung zu Überleben und ihren Aufgaben nachzukommen.



Zum ersten Mal im Gelände

Daher wurden die Teilnehmer in den Bereichen Mine Awareness ebenso geschult, wie in Negotiation, Contingency, aber auch in „Stabsarbeit“. Höhepunkt der Ausbildung



Nachtvorführung: Verhalten bei Ausleuchten

war eine zwei tägige Abschlussübung, bei der die Teams das Erlernte in die Praxis umzusetzen hatten. Die Studenten selbst wurden in drei Gruppen mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen eingeteilt. Aus den Erstsemestrigen wurden die Teammember rekrutiert, die Zweitsemestrigen stellten die Teamleader und die Absolventen des dritten Semesters bildeten den Stab.



Die Übung

Abschließend betrachtet, kann die Zusammenarbeit von Zivilisten mit Militärs als absolut positiv bewertet werden, denn einerseits profitieren die Studenten vom Know How des Militärs, sowohl in Hinsicht der Planung und Durchführung, aber vor allem im Bereich des Überlebens im Feld!

Andererseits profitiert das Bundesheer von den vielfältigen positiven Rückmeldungen der Studierenden, welche in weiterer Folge in den unterschiedlichen Organisationen als opinion leader eingesetzt werden, am Kurs selbst, aber auch in einem zukünftigen Einsatzszenario, wenn Militär und zivile Organisationen zur Erreichung eines Zieles ohne „Berührungsgänge“ gemeinsam arbeiten muss.

Fotos: Hptm Mag. (FH) Kumnig

WERBUNG ÖBH

VERLEGUNG DER ABCAbwKp NACH VYSKOV

Bericht von Zgf Manfred Scherer und Zgf Patrick Schweiger, DEKO-Zg der ABCAbwehrkompanie.

Im November war es wieder so weit. Wir hatten wieder die Möglichkeit mit scharfen Kampfstoffen zu üben und unser erlerntes Wissen unter Beweis zu stellen. Das Team bestand aus gemischten Teilen des ABC - Dekontaminationszuges/KPE und dem ABC Aufklärungszug der ABCAbwehrkompanie, sowie Teilen der ABCAbweherschule.

Nach der Verlegung am 22.11.2010 von Korneuburg nach Vyskov, dem Beziehen der Unterkünfte, der Blutabnahme, dem Aufbau der Infrastruktur (Dusche, Zeltlager) für die Übungstage bekamen wir eine Sicherheitsbelehrung vom tschechischen Personal, das für die Sicherheit am Übungsplatz verantwortlich war. Ohne weitere Vorkommnisse ging der erste Tag zu Ende.

Der zweite Tag bestand, wie üblich traditionell aus Spüren mit E-Cam, Kampfstoffnachweispapier und Nervengasanzeiger. Nachdem die Begiftung am Übungsplatz durchgeführt wurde begaben sich die einzelnen Trupps in das kontaminierte Gebiet, um ihre Aufgaben, nämlich das Detektieren von Kampfstoffen, durchzuführen.

Parallel dazu führte die Besatzung des Allschutz-Transport-Fahrzeuges (ATF) – AC Dingo 2 ihre Messversuche durch und konnte somit weitere Erfahrungen sammeln.



Vorbereiten zum scharfen Einsatz

Da am ersten Ausbildungstag alle Aufträge mit Erfolg bewältigt wurden, konnten wir am dritten Tag die Messlatte höher legen. Die Aufgabe des Aufklä-

rungszuges war es, im Truppenrahmen Kampfstoff wie Sarin, Soman oder VX aufzuspüren. Nach dem Erkennen des Kampfstoffes wurde eine Kleingeräte-dekontamination durchgeführt.



Fotos: ABCAbwKp

ABC-DINGO im scharfen Spüreinsetz

Der Dekontaminationszug/KPE hatte die Aufgabe, im Truppenrahmen ein Fahrzeug abzuspielen, festzustellen ob sich Kampfstoff am Fahrzeug befindet und wenn ja, eine Dekontamination durchzuführen. Parallel dazu beschäftigte sich die Besatzung des AC Dingo 2 damit, mit den hochmodernen Messsystemen Kampfstoffe zu detektieren.

Am vierten Tag waren die Aufträge für den Dekontaminationszug/KPE die selben, wobei eine Kleingeräte-dekontamination für Waffen und Munition dazu kam. Der Aufklärungszug hatte stattdessen eine neue Aufgabe zu bewältigen.

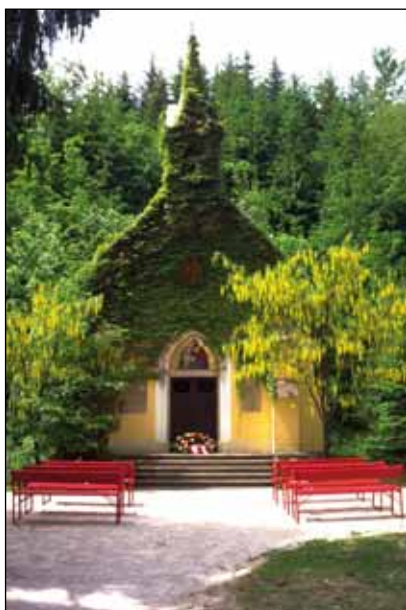
Sie mussten durch einen Spürgarten gehen und kontaminierte Gegenstände feststellen und eine Kleingeräte-dekontamination durchführen. Die Aufträge konnten auch an diesem Tag mit vollem Einsatz und Engagement mit herausragender Leistung bewältigt werden.

Durch diese Übung mit chemischen Kampfstoffen sieht man, wie wichtig es ist, mindestens einmal jährlich zum „Scharfen Schuss“ im Bereich ABC – Abwehr zu kommen und sein erlerntes Wissen wiederzugeben und dafür zu sorgen, jederzeit für den Einsatz bereit zu sein.



DIE GESCHICHTE DER „TEPPNERKAPELLE“

Zusammengestellt von Ing. Werner Frießnig, Technischer Leiter des ThermenResort Warmbad-Villach.



Die Grundsteinlegung der sogenannten Teppnerkapelle erfolgte am 03.05.1896 anlässlich der Goldenen Hochzeit von Ludwig Walter und seiner Frau Josefine, geborene Kasmannhuber, Großmutter von Obst Teppners Ehefrau Karoline Feldner. Geplant wurde die Kapel-

le von Ludwig Walter jun. genannt „Lui“. Der erstgeborene Sohn von Ludwig und Josefine Walter, also ein Onkel von Teppners Ehefrau Karoline. „Lui“ war Baurat im Magistrat der Stadt Villach, plante u.a. auch das Heidehaus (Wohnsitz seiner Schwester Katharina), das Villacher Khevenhüller-Palais, das Ludwig Walter-Haus am Dobratsch und wirkte auch beim Bau des Kaiser Franz Josef Krankenhauses, heute Landeskrankenhauses Villach in der Zeit von 1888 bis 1891 mit. Erbaut wurde die Kapelle im neugotischen Stil.

Am 02.05.1890 heiratete der in Görz am 14.09.1861 geborene Olt Georg Teppner Karoline Feldner, und wurde mit der Leitung des Warmbader Kurbetriebes beauftragt. Die Braut Karoline Feldner musste eine hohe Kautions hinterlegen, um die Heiratsurlaubnis zu erhalten. Tochter Gerti (Mutter von Frau Kommerzialrat Lukeschitsch) kam 1891 im Herbertstöckl in Klagenfurt auf die Welt. Mit 36 Jahren ließ sich Hptm Teppner pensionieren, um sich ganz der Führung des Betriebes widmen zu können. Am 19.06.1920 fand in der Kapelle die Hochzeit seiner Tochter Gerti mit Dr. Alfred Tschamer statt. Diese Kapelle war vorher und auch danach oft als Hochzeits- und Taufkapelle für den großen Kreis der Töchter und Nachkommen und von Freunden verwendet worden.

Im März 1915 wurde Georg Teppner Kommandant des 2400 Mann starken Frontregiments der Kärntner Freiwilligen Schützen. Obst Teppner erkrankte im Juli

1918 so schwer, dass er seinen Frontdienst nicht mehr versehen konnte und noch vor Kriegsende heimkehrte. Es war für die Familie und den Besitz ein schwerer Schlag, als der Leiter von Warmbad am 19.05.1921 an Leukämie starb. Weil noch keine Familiengrabstätte vorhanden war wurde Georg Teppner in der Feldnergruft auf dem Friedhof von Radlach (Steinfeld) beigesetzt. Nach der Errichtung der Familiengruft in der Warmbader Kapelle wurde er 1937 dorthin überführt.

1999, zur Feier „200 Jahre Warmbad in Familienbesitz“ wurde die Kapelle durch einen Zubau im Westen erweitert. Diese Erweiterung wurde unter der Regie von Frau Kommerzialrat Helga Lukeschitsch (Patin der Kärntner Freiwilligen Schützen-Fahne) perfekt abgewickelt. Die Planung erfolgte durch Arch. Dipl. Ing. Franz Freytag und Bauleitung durch Baumeister Ing. Johann Kuchler. Die Kapelle ist eine Filialkirche



Der Innenraum der Kapelle

der Pfarre zur Heiligsten Dreifaltigkeit (Villach-Völkendorf). Von Mai bis September wird jeden Samstag um 1900 Uhr eine Messe abgehalten. Auch die Speisensegnung am Karsamstag und die Christmette am Heiligen Abend zählen zur Tradition. Seit einigen Jahren werden in der Kapelle im Park immer wieder Hochzeiten (nicht nur der Familie) gefeiert.

Jedes Jahr findet am 2. November die Gedenkfeier der Kameradschaft der Kärntner Freiwilligen Schützen, deren Regimentsehrenmal die Kapelle ist, zu Ehren des ehemaligen Kommandanten und aller gefallenen und verstorbenen KFS statt. Im Mai wird am Vortag des Traditionstages des Stabsbataillons 7 ein Kranz niedergelegt.

Fotos: Archiv Kameradschaft der Kärntner Freiwilligen Schützen

Die BAWAG PSK DIE VORTEILSWELT

**Jetzt
neu!**

Nutzen Sie die vielen Vorteile
exklusiv mit Ihrer BetriebsserviceCard:

➤ **Vorteilskonto um €0,--**

(bei Erreichen eines Durchschnittssaldos von € 880,--; sonst € 8,00 / Quartal)

➤ **Vorteils BZK-Kredit mit Express-Service:**

in nur 10 Minuten zum Wunschkredit

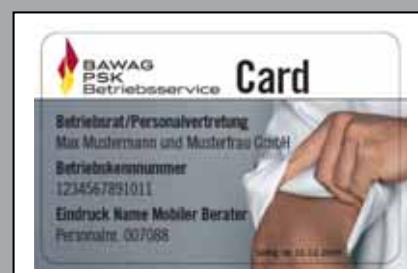
➤ **Vorteilsvorsorge mit Spezial-Bonus:**

Rückvergütung von 2 % Ihrer Jahres-Nettoprämie für die ersten drei Jahre

➤ **BAWAG BS-TopCard oder PSK PSCard**

mit Betriebsrat-Sonderkonditionen und Jahresentgelt gratis

Sichern Sie sich jetzt die
BetriebsserviceCard und profitieren Sie von
Top-Vorteilsprodukten mit Sonderkonditionen.



Stand: November 2010, Änderungen vorbehalten

Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem
persönlichen Mobilen Berater:

Norbert LÖCKER

Telefon: 0676 / 89988 1081

norbert.loecker@bawagpsk.com

www.betriebsservice.at



**BAWAG
PSK
Betriebsservice**



Am 15.12.2010 wurde die Lehrkompanie/Stabsbataillon 7 mit einer noch nie da gewesenen Härte getroffen, der Tod des Vzt DAVID Josef, welcher schuldlos einen Verkehrsunfall hatte und kurze Zeit später im Klinikum Klagenfurt verstarb.

Als Mensch und Soldat, eine außergewöhnliche Persönlichkeit ging auf tragische Weise von uns. Auf der einen Seite war er Soldat, welcher die Aufträge seiner Vorgesetzten pünktlich und genau befolgte, auf der anderen Seite ein Mensch mit höchster sozialer Kompetenz, geprägt von einem freundlichen, liebenswerten Wesen, welches in seiner Hilfsbereitschaft gegenüber seinen schutzbefohlenen Einjährig-Freiwilligen und Mitarbeitern, sowie allen Kameraden in gleichem Maße gipfelte.

Er führte mit Umsicht und vorausschauend, seit 10 Jahren als Zugskommandant, „seine Soldaten“ und spornte sie zu Höchstleistungen an. So, wie an diesem schrecklichen Mittwoch, den 15. Dezember 2010, als er um ca. 0415 Uhr eine seiner Marschgruppen am Gefechtsdienstleistungsbewerb anfeuern und aufbauen bzw. motivieren wollte, doch leider kam es nicht mehr dazu.

Bei uns, seinen Kameraden wird er nicht nur am Gedenkstein als Erinnerungsstätte weiter

präsent sein sondern vor allem in unseren Herzen weiterleben.

Als Mensch, mit ausgeprägtem Familiensinn, hat unser Josko, wie er von uns liebevoll genannt wurde und wird, sehr viel für ein friktionsfreies Betriebsklima beigetragen und sehr viel Zeit, auch nach Dienst, für die Allgemeinheit investiert. So hat er beispielsweise sehr viel zur Kasernenverschönerung beigetragen und die Kameradschaftspflege stets unterstützt.

Seine Vorbildwirkung als Soldat und Mensch war eine enorme, so hat er beispielsweise jungen Soldaten, welche an ihn herantraten, ein Netz der Geborgenheit und des Vertrauens genau so geboten, wie eine Entwicklungshilfe und Weiterbildung im soldatisch-fachlichen Bereich, wie auch im sozialen Lernen.

Er wird ein Teil der Goigingerkaserne, über seinen Tod hinaus bleiben und in unsern Gedanken und Herzen weiter leben.

*Für das Kader der Goigingerkaserne,
Thomas Lintschinger, Vzt*

Redaktionsschluss für die Ausgabe 02/2011

6. Mai 2011

Impressum & Offenlegung gem. § 24 & 25 Mediengesetz

Ämliche Publikation der Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS, Roßauer Lände 1, 1090 Wien.

Redaktion: BMLVS, Stabsbataillon 7 Rosenbergstraße 1-3, 9020 Klagenfurt

Tel.: 050201/7031500 **Fax:** 050201/7017310, **E-Mail:** office@igs7.at, **Homepage:** www.igs7.at

Chefredakteur: Vzt Hinteregger, **Redakteur:** OWM Schneeweiß

Gestaltung u. Layout: Vzt Hinteregger; **Erscheinungsjahr:** 2011

Fotonachweis: Bilder ohne Autorenvermerk: Archiv StbB7; restliche Bilder sind mit Autorenvermerk versehen

Druck: BMLVS / Heeresdruckerei R09-1234

Verlags-, Herstellungs- und Erscheinungsort: Klagenfurt **Verlagspostamt:** 9020 Klagenfurt

Zweck und Richtung: Die Truppenzeitung „aktiv“ erscheint viermal pro Kalenderjahr (Sonderausgaben möglich) mit einer Auflagenhöhe von 3500 Stück. Die Exemplare gehen an Soldaten des Präsenz-, Miliz-, Reserve- und Ruhestandes sowie Träger des öffentlichen Lebens, öffentlich/private Einrichtungen, Kooperationspartner, Gaststätten, Arztpraxen uvm. im Umfeld des StbB7. Sie ist unparteilich und dient der wehrpolitischen Information, Fortbildung, Anregung sowie als Plattform zur Mitgestaltung gemeinsamer, wehrpolitischer Anliegen, Kontaktpflege und damit insgesamt der Einstellung und Motivation.

Alle Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht immer der Auffassung der Redaktion !



Personalnachrichten

Beförderungen

Olt	Mag. (FH) KUMNIG Wolfgang	zum Hptm
OStv	FELLNER Erwin	zum Vzlt
OStWm	MORITSCH Thomas	zum OStv
OStWm	PAULITSCH Hermann	zum OStv
StWm	DOUJAK Alexander	zum OStWm
StWm	ORGRIS Hannes	zum OStWm
StWm	TSCHARNIG Horst	zum OStWm
Kpl	GÄRTNER Florian	zum Zgf
Kpl	RENNER Katrin	zum Zgf
Gfr	FLEPS Paul	zum Kpl
Gfr	PAYER Markus	zum Kpl
Gfr	RESSENEG Daniel	zum Kpl
Gfr	LEPERNEG Marco	zum Kpl
Gfr	SAND Dieter	zum Kpl
Gfr	SCHIRGI Christoffer	zum Kpl
Gfr	SCHÖNINGER Manuel	zum Kpl
Gfr	SCHWEIGHOFER Manuel	zum Kpl
Gfr	ULRICH Christian	zum Kpl
Rekr	SCHIRGI Patrick	zum Gfr

Auszeichnungen/Dienstjubiläen

Vzlt	WUNDER Klaus	WDZ 1. Klasse
StWm	PIESZNEGGER Oswald	WDZ 2. Klasse
OWm	WULZ Johann	WDZ 2. Klasse
Vzlt	PINTER Klaus	25 jähriges Dienstjubiläum

Versetzungen

Vzlt	KILZER Walter	zum MilKdoK (Provider)
StWm	GRABNER Michael	zum MilKdoK (Provider)
Kpl	HÖFLER Yvonne	zum SanZ Süd

Ernennungen

StWm	KURZ Katrin	MBUO1
StWm	PIESZNEGGER Oswald	MBUO1
StWm	SKOLC Markus	MBUO1
StWm	VALESKINI Markus	MBUO2
Wm	KAPPEL Natalie	MBUO2



**Das Stabsbataillon 7
wünscht allen
Kaderangehörigen
und deren Familien,
sowie allen Freunden
und Gönnern
ein frohes Osterfest**

P.b.b. GZ 02Z033947 M

Verlagspostamt 9020 KLAGENFURT

Absender:

STABSBAITAILLON 7

Windischkaserne

Rosenbergstraße 1 - 3

9020 KLAGENFURT